

Notwendige Fusion: Politische Bildung und Medienbildung

Nils-Eyk Zimmermann, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.

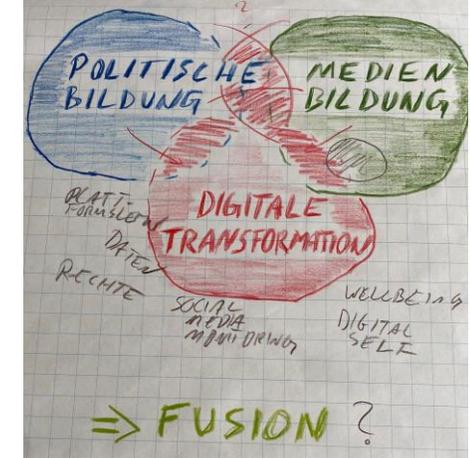


Die Fragestellung der Arbeitsgruppe gewinnt vor dem Hintergrund der fortschreitenden digitalen Transformation an Relevanz. Je mehr menschliche Interaktion und Kommunikation, auch über den Bereich von Medien und sozialen Medien hinaus digital mediatisiert wird, je mehr Angebote und Infrastrukturen datafiziert werden, von Zeitungen bis zur elektronischen Gesundheitsakte, desto mehr geraten die **Rahmenbedingungen der digitalen Transformation in den Blick von Medienpädagogik** und anderen Feldern der politischen Bildung. Für die Medienpädagogik veranschaulicht das Monika Oberle (vgl. ihren Beitrag [Medienkompetenz als Herausforderung für die politische Bildung](#)), die einfordert, dass unter den Bedingungen der Transformation zunehmend das Vermitteln der metastrukturellen Bedingungen von Medien zum Kern des politischen Bildungsauftrags der Medienpädagogik gehöre – medienpolitische Rahmensetzungen, Veränderung der Mediendemokratie, ihrer Formen, Funktionen und (Geschäfts-)Modelle.

Die klare Tendenz in der Gruppe war, dass diese Entwicklung der Medienpädagogik und einer digitalen politischen Bildung generell richtig ist. Zudem stellt sich aus der Sicht der Lernenden die Frage zunächst gar nicht so sehr, ob das, was man gerade lernt, über Medienpädagogik oder eine andere ähnliche Pädagogik politischer Bildung vermittelt wird.

Notwendige Fusion: Politische Bildung und Medienbildung

Nils-Eyk Zimmermann, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.



Diese **Flexibilität** ermöglicht Bildungsanbieter*innen, besonders im Themenfeld Partizipation, mehr (und verschiedene Gruppen von) Erwachsenen zu erreichen und **andere Formate** besonders der aufsuchenden politischen Bildung zu gestalten. Je mehr spezielles digitales Wissen dafür von außen notwendig ist, desto mehr eröffnet mehr Flexibilität auch die Möglichkeit der Kooperation mit denjenigen Akteur*innen, die dieses Wissen haben (etwa Verbraucherschutz, digitale Zivilgesellschaft..)

Jedoch: Es gibt deutliche Gründe, die dafür sprechen, beide nicht zu fusionieren:

Politische Bildung des Digitalen umfasst etwa auch andere Varianten der Plattformisierung jenseits von Social Media. Sie spricht Bürger*innen in weiteren Rollen an – als Bürger*innen (z. B. Smart Cities, öffentliche Daten), als Arbeitnehmer*innen (z. B. Tracking und KI in der Arbeitswelt, Plattformarbeit), als Wähler*innen (Subjekt digitaler Kampagnen und Entscheider*innen über die allgemeinen digitalen Spielregeln), Konsument*innen, um ein paar Beispiele zu nennen. Beide Pädagogiken haben auch **unterschiedliche Schwerpunktsetzungen** (wenngleich sich beide in den letzten Jahrzehnten jeweils verbreiteten). Das schließt nicht aus, dass **beide Perspektiven stärker miteinander in Beziehung gesetzt werden** und dadurch ein Innovationspotenzial erschlossen werden kann.

Dokumentiert von: Nils-Eyk Zimmermann (zimmermann@adb.de)

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Referent im Bereich Europa/Internationale Arbeit https://adb.de/europa_internationales

Projekt: DIGIT-AL (Digital Transformation in Adult Learning for Active Citizenship) <https://dttools.eu/>

Handbuch: Learning the Digital: https://competendo.net/en/Learning_the_Digital